gerichtet sind. Ferner können auch solche Sendungen beschlagnahmt werden, bei denen der Verdacht besteht, daß sie vom Beschuldigten herrühren oder für ihn bestimmt sind und daß ihr Inhalt für die Untersuchung Bedeutung hat (§ 115 Abs. 1 StPO). Die Anordnung dazu erfolgt durch den Staatsanwalt (vgl. Muster, Anlage 11). Bei Gefahr im Verzüge steht sie auch dem Leiter des Untersuchungsorgans zu. Gefahr im Verzüge liegt vor, wenn die Zeitdauer der Einholung der Anordnung beim Staatsanwalt die Beschlagnahme der betreffenden Post gefährden würde.

Der Vordruck für die Anordnung zur Beschlagnahme von Postsendungen hat das Datum, das Aktenzeichen, die Dienststelle, das Dienstsiegel, die genaue Bezeichnung der betroffenen Person und der zu beschlagnahmenden Postsendungen sowie die Unterschrift des Anordnenden zu enthalten. Wurde die Anordnung wegen Gefahr im Verzüge vom Untersuchungsorgan vorgenommen, so muß es die Gründe dafür anführen.

Die Anordnung der Beschlagnahme ist dem Leiter des zuständigen Postamts bekanntzugeben. Er ist von diesem Zeitpunkt an verpflichtet, die in der Anordnung bezeichneten Sendungen (die gesamte Post oder einzelne Sendungen) zurückzuhalten (das geschieht in der Regel durch den Postüberwachungsdienst). Mit ihm ist auch ein Termin sowie ein bestimmter Ort innerhalb des Postamts (oder beim Staatsanwalt bzw. Untersuchungsorgan) zu vereinbaren, um den Inhalt der zurückgehaltenen Postsendungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu entscheiden, welche Sendungen beschlagnahmt oder dem Empfänger zugestellt werden. Ausschlaggebend für die Beschlagnahme ist die Bedeutung des Inhalts der Sendungen für die Untersuchung. Wird eine konkrete Sendung geöffnet und ergibt sich, daß ihre Zurückhaltung nicht erforderlich ist, ist sie der Post wieder auszuhändigen (§ 115 Abs. 2 StPO), damit sie an den Empfänger weitergeleitet werden kann.

Werden Postsendungen (z. B. Briefe) beschlagnahmt, deren Inhalt nur teilweise für die Untersuchung bedeutsam ist, kann der Teil, der in der Regel persönlichen Charakter trägt, dem Empfänger abschriftlich mitgeteilt werden (§ 115 Abs. 3 StPO), falls das die weiteren Ermittlungen nicht beeinträchtigt. Die von einer Postbeschlagnahme Betroffenen (das können u. U. Empfänger und Absender sein) sind von diesen Maßnahmen zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks geschehen kann (§ 115 Abs. 4 StPO), also nur dann, wenn durch diese Kenntnis nicht mehr zur Verschleierung von Tatumständen beigetragen werden kann.

Auch bei der Beschlagnahme von Postsendungen ist gemäß § 121 StPO binnen 48 Stunden über den Staatsanwalt die richterliche Bestätigung einzuholen.